

Der Ertrag dieses völkerrechtlichen Erkenntnisinteresses ist eine prägnante und sehr konkrete Ausleuchtung des Graubereichs von Verbindlichkeiten und Pflichten in IO. Zwar werden auch die „subtileren“ (6) und konstitutiven Wirkungen von IO, etwa durch die Herausbildung von Peacekeeping-Praktiken, in den Blick genommen, aber immer gemessen am Grad des Rechtszwangs, der von ihnen ausgeht. Die konstruktivistische Frage nach der Erzeugung politischer Kategorien und Realitäten durch IO ebenso wie deren Wirkung auf andere als staatliche Akteure finden dagegen kaum Beachtung. Der Fokus auf Staaten als Autoren und Adressaten von Regeln schlägt sich auch im kurzen Theorie-Abriss in Kapitel 2 nieder. Neben einer pflichtschuldigen Wiedergabe der kanonischen Trias Akteur/Forum/Instrument unterscheidet *Hurd* zwischen drei Ansätzen der IO-Forschung: Kontraktualismus, Regimetheorie und Konstruktivismus. Diese „methodischen Zugänge“ (24) decken sich deziert nicht mit den in der IB-Theorie gängigen Begriffen, sondern reflektieren den interdisziplinären Zugriff dieser Einführung. Kontraktualismus speist sich demzufolge gleichermaßen aus Rechtspositivismus und IB-Realismus und bezeichnet staatszentrische Perspektiven wie den Delegationsansatz der Principal-Agent-Theorie. Regimetheorie – aus IB-Sicht der kontraktualistische Ansatz schlechthin – wird dagegen als struktur- und regelzentrierte Sicht auf IO eingeführt, die vor allem das breitere Regime im Blick hat, in das IO eingebettet sind, und Akteure allenfalls sekundär betrachtet. Mit Konstruktivismus wird schließlich eine strukturbetonte Perspektive auf IO gefasst, die die dynamische Ko-Konstitution von

Regeln und Akteuren betont. Diese stark verkürzte und idiosynkratische Begriffsverwendung, die zudem auf keinerlei Literatur verweist, mag einer ersten analytischen Sensibilisierung dienen. Als Einführung in die theoriegeleitete Analyse internationaler Organisationen bietet sich das Buch dagegen nicht an.

Die Stärke der vorliegenden Einführung liegt vielmehr in ihrer praxisnahen Anschaulichkeit und Prägnanz. Was IO-Mitgliedschaft und IO-Verfahren, und seien es nur vermeintlich harmlose Berichtspflichten, konkret für staatliche Souveränität bedeuten, wird hier hervorragend herausgearbeitet. Die empirische Blindstelle des „legalistischen“ Zugriffs bleibt freilich die Frage nach Macht und Ungleichheit in und durch internationale Organisationen. Dass nicht alle Staaten gleichermaßen Urheber und Adressaten von IO-Regeln sind, reflektiert *Hurd* allenfalls in Randbemerkungen. Und auf die ewige Preisfrage, ob und wie sich die Effektivität internationaler Organisationen denn nun beurteilen lässt, findet der Autor im Schluss eine salomonische Antwort: Auch dies lasse sich nur anhand der Gründungsdokumente und der meist doch sehr begrenzten Ziele, die dort formuliert sind, beurteilen (274).

Tine Hanrieder

Martens, Kerstin und Anja P. Jakobi (Hrsg.). *Mechanisms of OECD Governance. International Incentives for National Policy-Making?* Oxford, New York. Oxford University Press 2010. 320 Seiten. 62,85 €.

Die OECD ist im Alltag vieler Sozialwissenschaftler präsent. Die hochwertigen Daten, die sie zur Verfügung stellt,

sind seit langem die Grundlage für viele Forschungsvorhaben. Ohne sie wären beispielsweise weite Teile der Vergleichenden Politikwissenschaft – nicht nur, aber besonders in ihrer quantitativen Ausrichtung – in der bestehenden Form nicht denkbar. Die OECD selbst, ihre Funktionsweise, ihre Rolle im Netzwerk internationalen Regierens oder eben auch die Art, wie diese Daten erzeugt werden, werden jedoch erst seit wenigen Jahren untersucht. Der von *Martens* und *Jakobi* herausgegebene Sammelband trägt zum noch sehr überschaubaren Forschungsstand nicht nur willkommene empirische Erkenntnisse bei. Vielmehr möchten die Herausgeberinnen die theoretische Debatte besonders zur Analyse der OECD, aber auch allgemein zum Regieren durch Internationale Organisationen vorantreiben, was mit diesem Band auf fruchtbare Weise auch gelingt.

Dazu stellen *Martens* und *Jakobi* im einleitenden Kapitel ein analytisches Konzept mit dem Kern so genannter Governance-Mechanismen vor. Auf diese stützt sich die OECD, da sie kaum über rechtlich verbindliche Instrumente und über keine finanziellen Ressourcen verfügt, mit deren Gewährung oder Entzug sie Steuerungsanreize setzen könnte. *Martens* und *Jakobi* nennen die drei Mechanismen „Ideenproduktion“, die sich in einer großen Zahl von Analysen, Konzepten oder Leitlinien niederschlägt, „Politikevaluation“ durch ein Verfahren gegenseitiger Ländergutachten (peer review), und die Produktion großer Sätze an – überwiegend quantitativen – „Daten“. Diese Mechanismen werden einzeln oder in Kombination verwendet. Als Bedingungen, die ihren Einsatz beschränken, gelten externe Akteure, interne Dynamiken und Einschränkun-

gen, die sich aus dem behandelten Politikfeld ergeben. Schließlich unterscheiden *Martens* und *Jakobi* bei den möglichen Wirkungen dieser Mechanismen zwischen Politikwandel, -koordination und -konvergenz.

Im zweiten Kapitel verortet *Ougaard* die OECD in einer Weltordnungsperspektive, bevor als Hauptteil des Bandes dann zehn Fallstudien zu unterschiedlichen Politikfeldern folgen. Die Studien sind in zwei Teile danach gegliedert, ob sie wie die Wirtschafts- (*Woodward*), Steuer- (*Kudrle*), Arbeitsmarkt- (*Jacobsson* und *Noaksson*) und Finanzordnungspolitik (*Porter*) sowie die Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche (*Jakobi*) als in den Kernbereich der OECD fallend, oder mit der Bildungs- (*Martens* und *Jakobi*), Gesundheits- (*Kaasch*), Familien- (*Mahon*) und Migrationspolitik (*Teltemann*) sowie der Förderung der Biotechnologie (*Centrone*) als ergänzend eingeschätzt werden. Im Schlusskapitel fassen die Herausgeberinnen nicht nur die Ergebnisse der Fallstudien zusammen, sondern diskutieren darüber hinaus, welche Konsequenzen sich daraus für ihr analytisches Konzept ergeben. Die Fallstudien können an dieser Stelle nicht einzeln besprochen werden, sind aber jede für sich von hoher Qualität. Sie gewinnen deutlich durch das von den Herausgeberinnen formulierte analytische Modell, das im Wechselspiel mit den Fallstudien auf einer Autorenkonferenz diskutiert wurde. Zwar wird nicht in allen Beiträgen systematisch untersucht, welche Instrumente in welchem Umfang mit welchen Wirkungen eingesetzt werden und wie dies jeweils zu erklären ist. Dass die Ideenproduktion in vielen Beiträgen im Mittelpunkt steht, ist wohl zum Teil dem vorherrschenden Forschungsinter-

esse vieler Autoren geschuldet und dürfte die tatsächliche Bedeutung dieses Mechanismus zu stark betonen. Genau darauf macht das analytische Modell jedoch aufmerksam. So kann beispielsweise *Kaasch* in ihrem Beitrag zumindest darauf hinweisen, dass die OECD in der Gesundheitspolitik auch umfangreiche Datenbestände und Indikatoren erzeugt, was in die künftige Forschung einbezogen werden müsste. Die Fallstudien zeigen exemplarisch, in welch unterschiedlichen Politikfeldern die OECD aktiv ist. Die Auswahl der Politikfelder erfolgte wohl weniger systematisch als pragmatisch danach, welche Beiträge angeboten wurden. Das ist dem bisherigen, noch schmalen Forschungsstand angemessen, führt aber dazu, dass es beispielsweise zur Umweltpolitik als beachtenswertem Bereich nur kurze Anmerkungen bei *Ougaard* statt einer eigenen Fallstudie gibt. Deutlich wird daran auch, dass nicht nach dem Namen einer Politik entschieden werden kann, welches die wichtigeren Politiken bei der OECD sind, d. h. welche im Zeitverlauf zum Kern ihrer Aktivitäten gehören und welche nicht. Eine systematische Auswahl sollte dagegen beispielsweise auf Indikatoren der internen Dynamik gestützt werden, wie die Fragen, auf welche Bereiche das Sekretariat der OECD mehr oder weniger Ressourcen verwendet, wie viele und welche Komitees mit bestimmten Politiken befasst sind und wie viele und welche Staaten sich wiederum an diesen beteiligen.

Auch der Analyserahmen der Governance-Mechanismen lässt sich kritisch diskutieren, und es ist ein Verdienst der Herausgeberinnen, dass sie dies im Fazit selbst tun. So ist fraglich, ob der Begriff „Ideenproduktion“ treffend ist, wenn einige Fallstudien darauf hinwei-

sen, dass die OECD wohl häufig eher Ideenvermittler als -produzent ist. Zu den Wirkungen sind einerseits sicher die empirischen Befunde noch zu spärlich. Andererseits ließe sich dazu künftig deutlich stärker an die Globalisierungs- und Europäisierungsforschung sowie an die vergleichende Policy-Analyse anschließen. Beachtet werden sollten dabei auch die Hinweise von *Ougaard*, dass mögliche Wirkungen erstens nicht auf die Mitgliedstaaten der OECD begrenzt sind und zweitens wohl nicht allein von der OECD ausgehen, sondern von dem internationalen Netzwerk, dessen Teil sie ist. Genauer zu klären wäre dafür auch, in welcher Beziehung Mechanismen, Bedingungen und Wirkungen als Elemente des Modells stehen. Notwendig scheint dabei aus der Sicht des Rezessenten, schärfer zwischen Instrumenten und Mechanismen zu unterscheiden. Das Instrument (!) des Peer reviewing kann beispielsweise unterschiedlich gestaltet sein, was eine Wirkung des Mechanismus (!) „naming and shaming“ mehr oder weniger wahrscheinlich macht.

Die angeführten kritischen Punkte weisen jedoch bereits über den besprochenen Band hinaus und zeigen so, welchen Gewinn man aus der Lektüre ziehen kann. Er regt in vielfacher Hinsicht zum Nachdenken und Weiterforschen an, was sowohl für Politikwissenschaftlerinnen im Bereich der Internationalen Beziehungen als auch der Vergleichenden Politikwissenschaft gelten dürfte.

*Tobias Jakobi*